



Ehemalige Elitenschmiede: Athénée de Luxembourg

welcher dem CSV-internen Rückstau erfolgreich ausgewichen ist, über politische Elitenrekrutierung unterhalten.

Anne Rohstock und Catherina Schreiber vertiefen die bereits in den Artikeln von Josiane Weber und Pierre Lorang aufgeworfene Frage nach der Rolle der Studentenzirkel in der Elitenformation. Rohstock und Schreiber sehen in ihnen ein „spezifisch luxemburgisches Rekrutierungsmodell“. In einem breit angelegten Essay zeichnet Henri Wehenkel die Geschichte der Luxemburger intellektuellen Eliten zwischen 1880 und 1890 und gelangt zum Schluss: « Les élites luxembourgeoises se distinguaient des élites du monde entier. Elles sont restées enfermées plus longtemps et de façon plus étroite dans trois cercles qui renforcent mutuellement leurs effets : le malthusianisme du recrutement, l'autarcie intellectuelle, le compartimentage idéologique. » Über die jüngsten Entwicklungen in den kulturellen Eliten berichtet der *woxx*-Kulturredakteur Luc Caregari. Er skizziert in seinem Beitrag die Dialektik zwischen Vereinnahmung der Kunst durch die Kulturpolitik (zur Förderung der Standortattraktivität) und Politisierung der Künstler (als professionelle Player sowohl in den staatlichen Museen als auch auf dem Kunstmarkt).

Fernand Fehlen zeigt, wie die Mehrsprachigkeit traditionell für die Luxemburger Bourgeoisie als strategisches Mittel der Distinktion genutzt, für die Arbeiterklasse hingegen als stigmatisierender „sozialer Offenbarungseid“ erlebt wird. Dennoch

bleibt, und auch dies ist womöglich eine Luxemburgische Spezifität, dass das Luxemburgische (und dies nicht nur seit dem Anfang des 20. Jahrhunderts, sondern „seit jeher“) die Familien- und Nähe-sprache auch des Großbürgertums ist.

Das erneute Scheitern der Tripartite zeigt womöglich, dass die nationalen politischen Eliten keinen Zugriff mehr auf eigentliche wirtschaftliche Entscheidungen haben.

Genannt sei an dieser Stelle noch die von Carlo Schmitz gezeichnete Serie, welche als eigener Beitrag zur Elitenfrage gelesen werden sollte. Mit Figuren von Michelangelo, Delacroix und Breker schildert Schmitz den Aufstieg und Fall der Eliten als Evolutionsgeschichte.

Dem aufmerksamen *forum*-Leser wird es nicht entgangen sein: Die Frage, wer in letzter Instanz hierzulande die wirtschaftliche und finanzielle Macht hat, wird im Dossier nur am Rande aufgeworfen. Die Gesichter von CEOs in unvorteilhafter Großaufnahme auf den *paperJam*-Titelseiten wissen die Wenigsten zu benennen. Auf der jährlich von *paperJam* zusammengetragenen „Top 100 Liste“ der „décideurs économiques les plus influents“ landete letztes Jahr Ernst Wilhelm Contzen (Leiter der Luxemburger Filiale der Deutschen Bank und Bankenlobbyist der ABBL) auf dem 1. Platz, Michel Wurth (Arcelor-Mittal und Industriellenlobbyist bei der

UEL) schaffte es auf Platz 2, dessen Vorgesetzter, Lakshmi Mittal, hingegen bekam nur den 3. Platz zugeteilt. Dass dieses Ranking der Luxemburger Wirtschaftseliten wohl kaum auf einer „exakten Wissenschaft“ fußt, wie es der Präsident der Jury breitwillig eingestand, leuchtet ein.

Ob es sich bei diesen Top-100 überhaupt um die wirklichen Schlüsselfiguren der luxemburgischen Wirtschaft handelt, ist fraglich. Folgt man der Definition Michael Hartmanns, der Elite mit Macht assoziiert, kommt man zum Schluss, dass es sich hier wohl in der Mehrzahl eher um Bindeglieder zwischen internationalem Kapital und nationalstaatlicher Politik handelt, deren Handlungsspielraum an sich recht begrenzt ist. Demnach handelt es sich hier – im Sinne Hartmanns – womöglich um sekundäre und periphere Eliten, da die Entscheidungszentren woanders liegen. Falls diese Hypothese stimmen sollte, hat sich ein Dossier zu den „luxemburgischen Wirtschaftseliten“ womöglich bereits erübrigt. Diese gäbe es dann nämlich so wenig wie das runde Vierreck. Doch auch wenn sich ihr Einfluss auf die nationale Gesellschaft und die hiesige Gesetzgebung beschränkt, gibt es noch die lokalen politischen und kulturellen Machteliten – das Dossier liefert einen Beitrag zu deren Beschreibung.

Geschlossene Gesellschaft

Interview mit Michael Hartmann, Professor für Soziologie
an der Technischen Universität Darmstadt

Herr Hartmann, Sie sind einer der letzten bekennenden Marxisten im deutschen akademischen Betrieb. Entgegen dem linken Trend, sich bei soziologischen Analysen auf Arbeiter, Immigranten oder Frauen zu konzentrieren, haben Sie ihre Analysen auf die Eliten ausgerichtet. Warum?

Michael Hartmann: Dafür gibt es drei voneinander unabhängige Gründe. Der erste ist beruflicher Natur. Ich bin auf das Thema gestoßen, als ich an einer juristischen Fakultät arbeitete und dort Forschungsprojekte zu Wirtschaftsjuristen durchführte. Die ursprüngliche Zielsetzung war eigentlich, zu analysieren, wie Juristen mit moderner Technologie umgehen. Dabei fiel mir auf – als Nebeneffekt sozusagen –, dass die Juristen in Führungspositionen einen weitgehend identischen sozialen Hintergrund hatten. Dass ich auf dieses Thema dann so schnell eingestiegen bin, hat aber auch noch mit zwei weiteren Umständen zu tun. Zum Einen mit meiner eigenen Herkunft: Mein Vater war Finanzchef in einer großen Erzdiözese, mein Onkel über Jahrzehnte Vorstandsmitglied eines Automobilzulieferers, ein anderer Onkel hatte eine hohe Position bei der Bahn usw. Ich kannte also das Milieu und das kam mir sehr zugute. Der dritte Grund ist meine politische Aktivität seit 1967. Dabei lernte ich immer wieder Personen kennen, die Macht haben. Das war etwa der Direktor meiner Schule, gleichzeitig stellvertretender CDU-Bürgermeister, der mich (ohne Erfolg) unbedingt

von der Schule haben wollte oder der Richter, der nach Demonstrationen Freunde von mir als sog. Rädelsführer verurteilte. Bei mir war demnach auch immer ein politisches Interesse vorhanden, und an diesem Punkt sind alle drei erwähnten Aspekte zusammengekommen. Gerade angesichts der

Es gibt nur vier wirkliche Kerneliten, die aus Wirtschaft, Politik, Justiz und Verwaltung. Die treffen die wichtigsten Entscheidungen.

Entwicklung in den letzten 20 Jahren mit der zunehmenden Kluft zwischen Arm und Reich und dem Walten der Eliten in der Finanzkrise erschien mir das Themenfeld dermaßen spannend, dass ich versuchte, immer tiefer darin vorzudringen.

Die soziologische Elitenforschung ist noch weitgehend unterentwickelt. Woran liegt das?

M. H.: Das Problem in diesem Forschungsgebiet war eigentlich immer schon das Gleiche: Sie kommen an diese Leute ganz schlecht ran.

Dabei hat jeder Sozialhilfeempfänger seine gesamten Ressourcen offenzulegen. Da haben die Eliten es leichter, bei Ihnen bleibt Vieles verdeckt und den Augen der Öffentlichkeit entzogen. Wie ist diesbezüglich Ihre Herangehensweise?

M. H.: Begonnen habe ich mit Interviews. Dank des vorhin angesprochenen Juristenprojektes hatte ich über die Rechtsabteilungen, die einen Sonderstatus und eine enge Bindung zum Vorstand haben, Zugang zu großen Konzernen. Weil es so schwer ist, an Manager heranzukommen, verwenden die meisten meiner Kollegen ein Schneeballsystem: Wenn sie irgendwo jemanden kennen, dann kontaktieren sie über diese Person weitere Exponenten der Eliten. Für mich ist das jedoch kein systematisches wissenschaftliches Arbeiten. Ich wollte kein Zufalls-Sample verwenden und habe mir im Vorfeld überlegt, welches die wichtigsten Branchen in der deutschen Wirtschaft sind und jeweils zwei der drei größten Unternehmen gewählt, was mir bis auf den Handel auch überall gelungen ist (Aldi und Lidl, die größten in dem Sektor, sind praktisch nicht zu erreichen). Ich habe demnach mit großen Unternehmen wie der Deutschen Bank und der Bayerischen Vereinsbank im Bankensektor, BMW und VW in der Autoindustrie, Höchst (die es nicht mehr gibt) und Bayer in der Chemieindustrie gearbeitet. Ich ließ diesen Unternehmen meine Forschungsergebnisse zukommen. Sie konnten sich demnach vergewissern, dass meine Recherchen zwar kritisch sind, alle Absprachen jedoch eingehalten wurden. Aus diesem Grund bin ich in diese Unternehmen immer wieder reingekommen. Später habe ich dann aufgrund des Vorwurfes, dass ich zwar viele qualitative Interviews – es waren mehrere

hundert – durchgeführt hätte, diese aber nicht wirklich repräsentativ seien, eine große Promoviertenstudie mit 6 500 Teilnehmern durchgeführt, um zu schauen, wer es von ihnen in die Spitzenstellungen der deutschen Wirtschaft schafft oder in andere Positionen in Wissenschaft, Justiz und Politik. Im Augenblick führe ich in Zusammenarbeit mit dem Wissenschaftszentrum Berlin eine Studie über die 1 000 „mächtigsten“ Deutschen durch, also die, die in den relevanten Bereichen in Machtpositionen sitzen.

Die Wall-Street-Bewegung hat als Slogan: „Wir sind die 99 %“. Wer aber sind die anderen „1 %“? Wie würden Sie Elite definieren?

M. H.: Der Begriff Elite und der der oberen 1 % sind nicht deckungsgleich. Elite lässt sich ganz einfach, da sind sich die Eliteforscher weitgehend einig, so definieren: Sie besteht aus den Personen, die qua Amt oder, im Falle der Wirtschaft, auch qua Eigentum in der Lage sind, gesellschaftliche Entwicklungen durch ihre Entscheidungen maßgeblich zu beeinflussen. Die oberen 1 % dagegen werden in der Regel über ihr Einkommen und Vermögen definiert. Das ist nicht dasselbe. Wenn sie sich z. B. die deutsche Bundeskanzlerin anschauen: Frau Merkel hat ein Jahreseinkommen von rund 250 000 €. Damit gehört sie zwar zu dem oberen Prozent, aber sie liegt da eher im unteren Bereich. Es gibt auf der zweiten Führungsebene von großen Industrieunternehmen oder Banken Leute, die mehr verdienen, aber dennoch im Unterschied zu ihr nicht zur Elite zählen. Wenn sie an einem Bundesgericht sitzen, also ohne Zweifel Mitglied der juristischen Elite sind, verdienen sie ca. 150 000 € im Jahr. Damit gehören sie gerade noch zu dem oberen 1 % der Einkommensbezieher. Sie verdienen aber weniger als der durchschnittliche Geschäftsführer eines Betriebs mit 30 Beschäftigten, der nicht zur Elite gehört. Ähnliches gilt auch für die gutbezahlten Stars im Sport oder im Unterhaltungsgewerbe. Sie gehören mit ihren Einkommen ohne Zweifel zum oberen 1 %, haben aber keinen nennenswerten Einfluss auf die wichtigen gesellschaftlichen Entscheidungen, zählen also nicht zu den Eliten.

Nach Ihrer Definition charakterisiert die Elite die Ausübung von Macht und Einfluss.

In ihrem Buch Elite und Macht in Europa reduzieren Sie daher die Eliten auf Topmanager, Spitzenpolitiker, hohe Verwaltungsbeamte und Juristen. Sie zählen demnach weder Gewerkschaftskader noch einflussreiche Kulturschaffende, Journalisten oder Akademiker zur Elite.

M. H.: Es gibt nur vier wirkliche Kerneliten, die aus Wirtschaft, Politik, Justiz und Verwaltung. Die treffen die wichtigsten Entscheidungen. Dann gibt es die Eliten der zweiten Reihe, etwa die Medienelite. Sie können sich das am Beispiel vom ZDF veranschaulichen. Da haben wir erlebt, was geschieht, wenn es wirklich um Macht geht. Vor ca. anderthalb Jahren ging es um

Die Gewerkschaften zähle ich nicht wirklich zu den Eliten, weil die Gewerkschaften keine Macht qua Amt oder Eigentum haben. Ihre hängt unmittelbar damit zusammen, wie viele Menschen sie organisieren und mobilisieren können.

die Neubesetzung des Chefredakteurpostens Politik. Der Intendant, die Nummer 1 innerhalb des ZDF, wollte den Vertrag mit dem damaligen Chef für Politik verlängern. Der hessische Ministerpräsident jedoch, der im Fernsehrat des ZDF die Zügel fest in der Hand hatte zum damaligen Zeitpunkt, kündigte öffentlich an, dass er den Vertrag nicht verlängern wolle. In der Auseinandersetzung zwischen dem Intendanten und dem hessischen Ministerpräsidenten hat sich gezeigt, wie die realen Machtverhältnisse sind. Der hessische Ministerpräsident hat seine Leute im Fernsehrat so auf Linie gebracht, dass sie sich gegen den Intendanten durchgesetzt haben: Der Vertrag wurde nicht verlängert. Es gab eine massive politische Einflussnahme, für jedermann sichtbar, anders als sonst, wo das ja eher unter der Hand passiert. Der Intendant war trotz eines Aufschreis in den Medien nicht in der Lage, seinen Kandidaten zu halten. Oder nehmen sie *Die Zeit*, welche in den 1990ern eine deutliche Wende vollzogen hat, von linksliberal zu marktliberal. Der Eigentümer hat ganz einfach den Chefredakteur ausgewechselt. Das können die machen, ohne dass ihnen irgendein Journalist dazwischen funken könnte.

Das meine ich mit Elite der zweiten Reihe: Wenn es wirklich hart auf hart geht, stellt man fest, das sich in den öffentlich-rechtlichen Anstalten letztlich die Politik und bei den Privaten die Eigentümer durchsetzen. Der Spielraum, den diese Eliten der zweiten Reihe haben, hängt davon ab, wie die Entscheidungen der wirklichen Kerneliten verlaufen. Die Gewerkschaften zähle ich nicht wirklich zu den Eliten, weil die Gewerkschaften keine Macht qua Amt oder Eigentum haben. Ihre hängt unmittelbar damit zusammen, wie viele Menschen sie organisieren und mobilisieren können.

Andererseits gibt es aber Länder (etwa Luxemburg und Österreich), wo die politischen Entscheidungen zwischen Vertretern der Regierung, des Patronats und der Gewerkschaften getroffen werden. Man könnte meinen, dass in solchen Modellen der Sozialpartnerschaft auch die Gewerkschaftsvertreter zur Elite gehören.

M. H.: In Deutschland gab es bis in den 1960er Jahren ein ähnliches Modell, welches aber nur so lange funktioniert, wie die Gewerkschaften stark genug sind, um als gleichwertiger Partner anerkannt zu werden. Vom dem Augenblick an (in Deutschland war das seit 1989), wo die Unternehmer aber das Gefühl haben, die Gewerkschaften seien mangels Mitgliederzahl und deren aktiver Unterstützung nicht mehr in der Lage, ihre Tarifverträge überall durchzusetzen, verlieren diese deutlich an Gewicht und werden irgendwann auch nicht mehr in den Entscheidungsprozess einbezogen. Die Regierung setzt dann Strukturreformen anders durch, notfalls auch gegen den Willen der Gewerkschaften.

Sie haben es vorhin angesprochen, die Kluft zwischen den Eliten und dem Rest der Bevölkerung klappt immer weiter auseinander. Wie legitimieren die Eliten in diesem Kontext ihre gesellschaftliche Position nach außen?

M. H.: Ganz eindeutig durch Leistung. Wenn es sich aber um große Vermögen handelt, wird das problematisch. Also wenn Sie versuchen wollen zu erklären, dass Sie aufgrund ihrer Leistung sechs oder sieben Milliarden besitzen, das ist schwierig. Die meisten wirklich reichen Bundesbürger haben ihren Reichtum geerbt, d. h., sie haben Unternehmen geerbt, die in der dritten,

vierten oder fünften Generation der Familie gehören. Bei den 100 größten deutschen Unternehmen ist immerhin jedes dritte ein Familienunternehmen. Der Reichtum resultiert schlicht und einfach aus dem Erben. Da kann man sehr schwer nach dem Muster „Wir haben das alles über Leistung erworben“ argumentieren. Da spricht man dann einfach gar nicht darüber.

Und welche Rolle bei der Grenzziehung der Zugehörigkeit spielt der Habitus? Was man wissen muss, was nicht ausgesprochen wird, ein gewisser Stil... Ist das etwas, was Sie beobachten?

M. H.: Eliten erkennen sich an der Art, wie sie sich verhalten. Der zentrale Begriff ist immer derjenige der Souveränität. Man bewegt sich so, als wäre man zu Hause, auf bekanntem Terrain; und das kann man natürlich nur machen, wenn man sich im Milieu auch auskennt. Ein bekannter Journalist bei einer großen deutschen Zeitschrift hat mir das wie folgt veranschaulicht: Wenn er sich im Kreis der anderen Edelfedern oder im Bereich der Leitung der Zeitschrift bewegt, dann habe er immer das Gefühl, dass er eigentlich nicht wirklich dazu gehöre, dass alle so etwas wie ein letztes Geheimnis besäßen, das alle außer ihm kennen würden. Er weiß nicht einmal, ob es dieses Geheimnis überhaupt gibt, aber weil er es nicht genau weiß, sorgt es für Unsicherheit. Er hat ständig Angst, einen Fauxpas zu begehen, den er nicht einmal bemerken würde, und dass sich dann seine Kollegen sagen würden: Naja gut, da merkt man wieder, wo der herkommt. Das ist das Zentrale, sie müssen die Selbstverständlichkeit ausstrahlen: „Ich gehöre hierhin!“

Und die sog. bürgerliche „Hochkultur“?

M. H.: Also das, was auch Bourdieu für das Frankreich der sechziger und siebziger Jahre schilderte, war für deutsche Eliten ebenfalls maßgeblich: Viele haben Instrumente gespielt oder haben sich in einzelnen Bereichen wie etwa in Geschichte besonders gut ausgekannt. Das hat sich meines Erachtens in letzter Zeit allerdings geändert. Ich habe mir kürzlich anhand der biographischen Datenbank Munzinger, die gibt es seit hundert Jahren, angeschaut, wie es mit den Hobbies der deutschen Spitzenmanager aussieht. Das Erstaunliche war:

Die Aufsichtsrats- oder Vorstandschefs bzw. Vorstandsmitglieder der Jahrgänge, die ich noch interviewt hatte, das sind so die Jahrgänge aus den 1930er, 40er und frühen 50er Jahren, also Leute, die heute zwischen Mitte 50 und Anfang 70 sind, haben zu einem hohen Prozentsatz kulturelle Hobbys wie Musik, Literatur, Theater, bildende Künste usw. Bei den Jahrgängen danach, also ab der zweiten Hälfte der 1950er Jahre, vor allem ab den 1960er Jahren, hat sich das massiv geändert, bürgerliche Hochkultur hat unter deren Hobbys sehr stark an Bedeutung abgenommen – zugunsten sportlicher Aktivitäten.

Je niedriger die Wahlbeteiligungen und politischen Aktivitäten, umso höher die Möglichkeit für die traditionellen Eliten und die wohlhabenden Kreise einer Gesellschaft die Politik zu bestimmen.

Wie erklären Sie sich dies?

M. H.: Es gibt verschiedene Möglichkeiten, das zu erklären. Manager sind heute sehr viel stärker zeitlich gefordert als noch vor 30 Jahren. Die können eben nicht mehr am Wochenende Geige spielen oder Bilder malen, sondern sie sitzen im Flieger und das Einzige, wozu ihnen zwischendurch noch Zeit bleibt, das ist Joggen. Joggen ist inzwischen zum Haupthobby geworden. Es könnte noch andere Gründe haben, dafür müsste man aber umfassendere Studien machen. Aber daran zeigt sich, dass die Distinktionsmerkmale gegenüber den Anderen nicht immer gleich bleiben müssen. Es kann also durchaus sein, dass Hochkultur an Bedeutung verliert. Was aber nicht verloren geht, ist die Souveränität, d. h., das Ausstrahlen von Selbstverständlichkeit. Das ist letztendlich immer der entscheidende Unterschied.

Souveränität hat ja auch etwas mit Legitimität zu tun. Wie setzen die Eliten ihre Interessen in einer parlamentarischen Demokratie durch, wo Sie von der absoluten Zahl her gesehen in der Minderheit sind?

M. H.: Erstens gibt es natürlich Interessensdurchsetzungen, die sich nicht im Rahmen der Politik abspielen. Die Eigen-

tümer und Manager von Unternehmen treffen Entscheidungen über Investitionen oder Schließungen und die Politik muss schauen, wie sie mit den Folgen umgeht. Im Fall der Justiz ist das nicht ganz so krass, aber auch dort ist die politische Einflussnahme beschränkt: Wenn Richter am Europäischen Gerichtshof Urteile zur Dienstleistungsfreiheit fällen, haben die Regierungen dem nicht viel entgegenzuhalten. In Deutschland gab es etwa die Regelung, dass öffentliche Aufträge nur an Firmen vergeben werden, die sich an die Tarifverträge halten. Diese Regelung wurde vom Europäischen Gerichtshof gekippt. Die Richter, die dort sitzen, werden in ihren Entscheidungen natürlich geprägt durch ihre eigene soziale Herkunft, d. h., auch da ist es möglich, Interessen von Eliten relativ unmittelbar umzusetzen. In der Politik gestaltet sich das schon schwieriger, weil sie in der Politik gewählt werden müssen. Hier ist entscheidend, welche Strukturen die Parteien haben. Zu beiden Seiten Luxemburgs gab es lange zwei sehr unterschiedliche parteipolitische Modelle. In Deutschland gab es die sehr großen Volksparteien, die Sozialdemokraten und die Christdemokraten. Ende der 1970er hatte die SPD mehr als eine Million, die CDU um die 700 000 Mitglieder. In Frankreich gab es so etwas nicht, dort hatten die Parti socialiste oder die Gaullisten maximal zwischen 100 000 und 120 000 Mitglieder, d. h., diese Parteien haben als Honoratiorenparteien funktioniert. Je kleiner die Parteien, umso größer die Möglichkeit der Eliten, die wichtigen Positionen nach ihren Interessen zu besetzen. In Frankreich haben sie daher immer schon eine relativ große Nähe zwischen der Spitzenpolitik und den reichen Kreisen in der Bevölkerung gehabt. In Deutschland hat es das sehr lange nur ansatzweise gegeben. Die politische Elite war kleinbürgerlich geprägt. In den letzten 10 Jahren hat sich das geändert. Die Bundesregierung ist heute sozial deutlich exklusiver zusammengesetzt als vor 10, 20 oder 30 Jahren. Und das hat damit zu tun, dass die Sozialdemokratie in den letzten 30 Jahren die Hälfte und die Christdemokraten ein Drittel ihrer Mitglieder verloren haben. In den Parteien hat sich viel verändert, die Parteimitgliedschaft ist viel weniger aktiv als früher, massiv überaltert und das schafft Spielraum für die Eliten, ihre Kandidaten durchzusetzen.

Damit wäre schon zum Teil die nächste Frage beantwortet, nämlich die der Gegenkräfte, mit denen die Eliten ihre Machtstellung aushandeln müssen. Die Parteibasen und die Gewerkschaften sind Ihrer Meinung nach die beiden Hauptgegenkräfte?

M. H.: Ja, das sind die zwei Hauptgegenkräfte. Aber das Fundamentale ist die politische Einstellung der Bevölkerung. Es gibt innerhalb einer Bevölkerung so etwas wie eine stabile Einschätzung von gesellschaftlichen Verhältnissen zu einem bestimmten Zeitpunkt. Im Frankreich der Nachkriegszeit gab es etwa eine massiv antikapitalistische Stimmung innerhalb der Bevölkerung. Das hat die Gewerkschaften gestärkt, das hat die linken Parteien gestärkt und das hat dafür gesorgt, dass die Eliten im Lande sehr vorsichtig waren. Die haben sich gedacht: Wenn wir zu offensiv vorgehen, riskieren wir größere Unruhen. Das hat sich in den letzten 25 Jahren enorm verändert. Diese antikapitalistische Stoßrichtung ist weitgehend verschwunden. Inzwischen ist der Glaube an die Marktwirtschaft zwar durch die Wirtschafts- und Finanzkrise massiv gestört, aber an dessen Stelle ist vor allem Ratlosigkeit getreten: Du kannst sowieso nichts machen, dann gehst du eben nicht mehr zu den Wahlen und organisierst dich weder in Parteien noch in Gewerkschaften. Es mag sein, dass aus der Occupy-Bewegung eine neue Organisationsform entsteht. Das wäre, neben der negativen Reaktion der Resignation, die positive Möglichkeit. Aber an den jüngsten Wahlergebnissen in Spanien sieht man auch: Die Jugendlichen besetzen zwar die öffentlichen Plätze, aber zu den Wahlen sind sie einfach nicht hingegangen, weil sie keiner Partei mehr trauen. Das war meines Erachtens ein politischer Fehler.

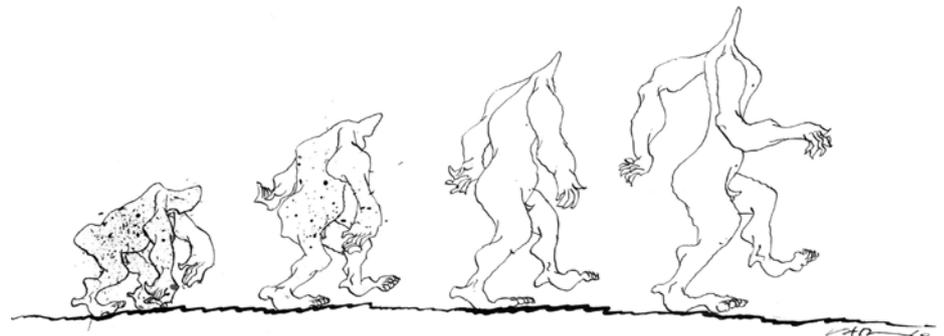
Eine Abdankung quasi ...

M. H.: Ja, und wenn die Menschen resignieren, dann überlassen sie natürlich das Feld zunehmend jenen Kreisen, die gewohnt sind zu bestimmen. Je niedriger die Wahlbeteiligungen und politischen Aktivitäten, umso höher die Möglichkeit für die traditionellen Eliten und die wohlhabenden Kreise einer Gesellschaft die Politik zu bestimmen.

Das Paradoxe an der heutigen Situation scheint mir zu sein, dass die Eliten in Europa

einerseits so diskreditiert sind wie seit dem Ende des 2. Weltkriegs nicht mehr, gleichzeitig scheint dies aber nicht neue Voraussetzungen für eine gesellschaftliche Umwälzung zu schaffen.

M. H.: Diskreditierung alleine reicht nicht aus. Es gibt lange Zeitspannen in der Geschichte, wo große Teile der (bäuerlichen) Bevölkerung ihren Herrschern ebenfalls nicht viel Vertrauen entgegenbrachten. Die Folge war aber im Grunde eine gottergebene Haltung: Die da oben sorgen im Wesentlichen für ihre eigenen Interessen, dagegen kannst du aber nichts machen, die



sind halt die Stärkeren. Das ist die Haltung der Resignation, die man seit den letzten 10, 20, 30 Jahren auch in den meisten Industrieländern beobachten konnte. Die Wahlbeteiligungen in Deutschland zeigen das eindeutig. Während man in den gutbürgerlichen Wahlvierteln noch immer Wahlbeteiligungen von 80 % hat, ist die Wahlbeteiligung in den sog. „sozialen Brennpunkten“ vielerorts mittlerweile auf 30 % gesunken. Die haben sich zurückgezogen, weil sie das Gefühl haben, dass sich um sie sowieso keiner kümmert. Damit berauben sie sich des letzten Einflusses; denn aktiv protestieren, das machen sie ja auch nicht.

Zurück zu ihrem Buch Eliten und Macht in Europa. Darin untersuchen Sie, wie offen Eliten sind und kommen zum Schluss, dass Frankreich und Großbritannien die geschlossenen, homogensten Eliten besitzen. Weshalb sind diese beiden Länder so elitär? Wegen der Eliteschulen, oder weshalb sonst?

M. H.: Die Elitebildungseinrichtungen sorgen dafür, dass die Eliten sehr früh in einem sehr kleinen Umfeld ihre Bildungs-

titel erwerben, sich kennenlernen und damit ein sehr enger Zusammenhang entsteht. Das ist die erste Voraussetzung für die sehr hohe Homogenität der Eliten in Frankreich und Großbritannien. Die zweite Voraussetzung sind die politischen Systeme in diesen Ländern. In Frankreich haben die Parteien, ob Sozialisten oder Gaullisten, kleine Parteizirkel, die bestimmen, wer die Spitzenpositionen bekleidet. Die Spitzenkandidaten bei Präsidentschaftswahlen, sei es jetzt Hollande, Royal oder auch Aubry, kommen alle aus demselben Milieu. Da gibt es so etwas wie einen Parteiadel. Bei der englischen Labour

Party hat die Anzahl der aktiven Mitglieder massiv abgenommen und der Einfluss der Gewerkschaften ist deutlich zurückgedrängt worden. Bei den englischen Konservativen hat man ein Comeback ganz klassischer Muster. Unter Cameron hat sich, zum ersten Mal seit den frühen 1960ern, wieder eine Regierung gebildet, in der alle Spitzenpositionen der Regierung von Kindern der klassischen Upperclass aus Adel und Bankern besetzt werden. Nur sind die im Unterschied zu damals nicht mehr konfrontiert mit starken Gewerkschaften und einer starken und eher links orientierten Labour-Party. Dementsprechend können jetzt Sozialkürzungen quasi ungehemmt durchgesetzt werden.

Inwiefern kann man, angesichts ähnlicher Herkunft, akademischer Laufbahn und hoher „sektorübergreifender Mobilität“ überhaupt zwischen Wirtschafts- und Politeliten unterscheiden?

M. H.: Kann man schon: In den meisten europäischen Ländern sind Wirtschafts- und Politeliten strikt getrennt, außer in Spanien und vor allem in Frankreich; dort

erfolgen die Wechsel relativ regelmäßig und zwar meistens aus dem öffentlichen Dienst in die Wirtschaft. Sie haben immer wieder hohe Beamte oder Minister, die später an der Spitze von großen Konzernen stehen. Wechsel zurück von der Wirtschaft in den öffentlichen Dienst sind demgegenüber sehr viel seltener.

Hängt das mit dem starken staatlichen Einfluss in französischen Unternehmen zusammen?

M. H.: Das hat man lange vermutet und es mag historisch auch stimmen, aber nach der umfangreichen Privatisierung, die bereits in den 1980ern ihren Anfang nahm, hat sich an dieser sektorübergreifenden Mobilität zwischen Politik und Wirtschaft kaum etwas geändert. Die hängt wohl eher mit den traditionellen Karrieremustern zusammen. Nehmen Sie die Inspection générale des finances (IGF), das berühmteste *grand corps de l'état*, das früher die gesamten verstaatlichten Banken und Versicherungen überwachte. Diese sind inzwischen zwar alle privatisiert, aber an ihren Spitzen sitzen immer noch Ehemalige der IGF. Wenn neue Leute in Spitzenpositionen eingestellt werden, dann holen die ihre Leute aus der IGF nach. Heute finden sie an der Spitze der französischen Großbanken und Versicherungen Leute aus der IGF in genauso hohem Prozentsatz wie vor 40 Jahren... Das Muster ist demnach unabhängig davon, ob der Staat Eigentümer oder Miteigentümer ist, sondern es hängt davon ab, wie diejenigen, welche die Spitzenpositionen bekleiden, selbst dort hin gekommen sind.

Die skandinavischen Länder haben die offensten Eliten? Wie erklären Sie sich dies?

M. H.: Sie haben dort zum Einen keine Elitebildungseinrichtungen, sondern ganz im Gegenteil ein ausgesprochen durchlässiges Bildungssystem. Außerdem gibt es eine andere, eine egalitäre Grundeinstellung in der Bevölkerung, die sich auch organisatorisch niederschlägt. So liegt die Mitgliedschaft in den Parteien, vor allem in den sozialdemokratischen, trotz eines Rückgangs noch immer sehr viel höher als in anderen europäischen Ländern und, was noch wichtiger ist, die Gewerkschaften sind in den skandinavischen Ländern mit einem Organisationsgrad zwischen 60 und

über 80 % zahlenmäßig sehr viel stärker als im Rest von Europa.

Luxemburg findet in Ihrer komparatistischen Studie keine Erwägung. Man könnte aber spontan denken, dass eine Korrelation zwischen niedriger Einwohnerzahl und Offenheit der Eliten besteht.

M. H.: Nein, die gibt es nicht. Irland ist ja auch ein kleines Land, hat aber eine sehr homogene Elite und sehr große Einkommensunterschiede. Irland ist geprägt durch die klassische angelsächsische Kultur: keine

Eliten erkennen sich an der Art, wie sie sich verhalten. Der zentrale Begriff ist immer derjenige der Souveränität. Man bewegt sich so, als wäre man [...] auf bekanntem Terrain.

Sozialpartnerschaft, Armenfürsorge statt Anrecht auf einen Mindestlebensstandard, Elitebildungseinrichtungen, ein sehr hoher Unterschied zwischen Arm und Reich, ... Luxemburg ist strukturell ähnlich wie andere Kerneuropa-Länder, nur dass Luxemburg nicht gezwungen ist, dieses Modell aufgrund wirtschaftlichen Drucks zu ändern. Ähnlich wie in Österreich, das lange von der europäischen Öffnung nach Osten profitiert hat, ohne, wie Deutschland durch den Anschluss der DDR, hierfür hohe Kosten tragen zu müssen. Die neuen Märkte und Arbeitskräfte haben es Wirtschaft und Staat in Österreich im Unterschied zu Deutschland ermöglicht, die alte Sozialpartnerschaft noch weiter zu finanzieren. Die Voraussetzung, dass ein solcher Sozialkompromiss funktioniert, ist nämlich immer, dass er auch bezahlt werden kann.

Haben Sie eigentlich auch die Luxemburger Politelite analysiert?

M. H.: Ja, das habe ich. Die ist schon erstaunlich: In Luxemburg gibt es noch eine relativ hohe Durchlässigkeit der politischen Elite – die setzt sich so zusammen, wie das in den meisten kerneuropäischen Ländern bis Ende der 1980er der Fall war.

Entgegen der allgemeinen Annahme sind Ihren Rechercheresultaten nach die europäischen Wirtschaftseliten noch immer sehr

national geprägt. Die Internationalisierung der Wirtschaft verläuft eher zäh.

M. H.: Die Internationalisierung wurde über Jahre weit überschätzt, das wird von immer mehr Studien belegt. Das gilt genauso für Europa wie für die USA, Japan oder China. Von den großen Wirtschaftsmächten ist in Deutschland und Großbritannien die Internationalisierung noch am ehesten vorangekommen. Im 20-Jahres-Vergleich gibt es in manchen Ländern sogar Rückschritte. Die französischen Wirtschaftseliten sind z. B. heute weniger international als noch vor 20 Jahren. Das hat wiederum sehr viel mit den vorhin angesprochenen nationalen Karrierewegen zu tun. Die *grands corps* und die *grandes écoles* ziehen nur in Frankreich. In Japan wiederum machen sie ihre ganze Karriere in einem einzigen Unternehmen: Nach ihrem Studium müssen sie sofort in ein Unternehmen rein, sonst kommen sie dort nie an die Spitze; für Ausländer ist das natürlich quasi unmöglich.

Inwieweit unterscheiden sich die in den 1980er Jahren auftretenden Finanzeliten von den traditionelleren Industrieeiten? Sind die Brokers nicht eine Art „Lumpenproletariat“ des Kapitals?

M. H.: Die Investmentbanker sind so etwas wie eine internationale Söldnertruppe. Wenn sie die nötige Härte, Belastbarkeit und Spielernatur haben, können sie als soziale Aufsteiger eventuell reich werden und gehören dann zu den Neureichen. Aber reich sein an sich ist noch nicht das Gleiche wie zur Elite zu gehören: Im Augenblick sieht man ja die Grenzen des Investment-Banker-Modells. Außerdem reicht die Internationalität der Investment-Banker nicht bis an die Spitzen der Banken. An den wesentlichen Machtpositionen sitzen in den Banken doch in der Regel Leute, welche aus dem Großbürgertum des jeweiligen Landes stammen. Und letztendlich, und das ist der Grund des Erfolges, den Deutschland im Moment im Gegensatz zu Großbritannien hat, ist die industrielle Basis ausschlaggebend.

Vielen Dank für das Gespräch. ♦

(Das Interview fand am 21. November 2011 über Telefon statt. BT)